

Karlsruhe, 22. November 2019

Landesmittel für den Bau des Lernorts Kislau

- Pressemitteilung -

Für die bauliche Umsetzung des Lernorts Kislau stellt der Landtag von Baden-Württemberg im kommenden Doppelhaushalt 2020/21 eine Summe in Höhe von 750.000 Euro bereit. Hieran knüpft sich die Bedingung, dass das Bauprojekt mindestens hälftig gegenfinanziert werden muss. Die tatsächliche Höhe der Landesmittel für den Bau wird sich demnach daran bemessen, welche Summen bei Dritten eingeworben werden können. Damit bleibt der Landtag deutlich hinter dem Antrag des gemeinnützigen Trägervereins Lernort Zivilcourage & Widerstand (LZW) zurück.

Wie kein anderer Ort im badischen Landesteil steht das Konzentrations- und Bewahrungslager Kislau für den rasanten Übergang von der Weimarer Demokratie in das nationalsozialistische Unrechtsregime. Zwischen 1933 und 1939 wurden dort mehr als 1.500 Männer ohne Anklage festgehalten und zu Zwangsarbeit gepresst. Einer der bedeutendsten badischen Landespolitiker wurde in Kislau ermordet, Hunderte von dort nach Dachau, Buchenwald oder in andere Lager verschleppt. Dutzende fanden dort den Tod oder erlangten erst 1945 wieder die Freiheit.

Mit seiner Entscheidung dokumentiert der Landtag immerhin den Willen, Verantwortung für diese wichtige historische Stätte zu übernehmen, und eröffnet eine Chance, in Kislau keinen bloßen ‚Gedenkpoint‘ zu schaffen (auch das stand zuletzt zur Diskussion), sondern einen zeitgemäßen Lernort, an dem die Vermittlung badischer Demokratie- und Diktaturgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 mit einem Wertedialog verknüpft wird. Bis dahin ist es freilich noch ein weiter Weg:

Nach der parlamentarischen Sommerpause hatte der Trägerverein ein Szenario für eine bauliche Lösung vorgelegt, die deutlich geringere Kosten als die Wunschlösung verursachen würde, aber trotzdem die Umsetzung des vorgesehenen Vermittlungskonzepts erlaubt. Der Landtagsbeschluss stellt den Verein vor die schwierige Aufgabe, allein für den Bau Komplementärmittel im hohen sechsstelligen Bereich einzuwerben. Hinzu werden Mittel für die Innenausstattung kommen.

Anders als im Fall des Ende 2018 in Stuttgart eröffneten Geschichtsorts Hotel Silber oder des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg in Ulm gibt es mit Blick auf Kislau als DAS badische KZ nicht DEN einen kommunalen Ansprechpartner. Umso mehr wird der Verein nun in der gesamten Großregion Überzeugungsarbeit für zwei zentrale Feststellungen leisten müssen:

Die Schaffung ortsnaher und ‚niederschwelliger‘ historisch-politischer Bildungsangebote ist heute wichtiger denn je nach 1945 – und gerade auch der Lernort Kislau kann einen relevanten Beitrag zur Demokratievermittlung liefern und dabei Strahlkraft in die ganze Region entfalten.